

Volks-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Volks-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 2.50 Reichsmark. Der halbjährliche Preis 12.50 Reichsmark, der jährliche Preis 24.00 Reichsmark. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen. Die Postgebühren sind in dem Preis inbegriffen.

Die Preisliste, die im gleichen Heft in der „Halle'schen Zeitung“ enthalten, ist ebenfalls gültig. Der Preis für den Abdruck von Anzeigen ist nach Vereinbarung. Die Preisliste, die im gleichen Heft in der „Halle'schen Zeitung“ enthalten, ist ebenfalls gültig.

Neues in Kürze.

Der Herr Reichspräsident ist gestern Abend von seinem Erholungsurlaub in Bayern wieder nach Berlin zurückgekehrt.

Ein Berliner demokratisches Blatt deutet an, daß das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in der nächsten Zeit die Folgen aus der Krise Dr. Silberbergs und den Klärungen des 1. Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Besparis ziehen wird, deren entscheidender Gesichtspunkt ist, daß die verantwortlichen Führer der Gewerkschaften in ihrer bergangenen Tätigkeit für die praktische Mitarbeit an der Regierung sind.

Am Sonnabend waren Vertreter der Gewerkschaften im Reichswirtschaftsministerium. Wie in der gestrigen Gewerkschaftssitzung bekanntgegeben wurde, ist auf den Reichstagen der 10. Oktober als endgültiger Termin des Beginns der großen produktiven Arbeitslosenhilfe bestimmt worden.

In der Großberliner Industrie sind Lohnforderungen gestellt worden, die sich zwischen 10 und 8 Proz. bewegen.

Ende letzter Woche sind in Berlin rund 1000 Neueinstellungen von Arbeitsträften, im Ruhrgebiet rund 1500 Neueinstellungen erfolgt. Dagegen lagen Werksindustrie und Textilindustrie weiter über ungenügender Beschäftigung, so daß die Gefahr neuer Entlassungen in diesen Industrien besteht bleibt.

Die polnische Regierung Bartels hat die Ausweilungen evangelischer Geistlicher aus Polen bestätigt. Nur in zwei Fällen wurde der Ausweilungsbefehl zurückgenommen, da eine Vertretung in den betroffenen Kirchgemeinden nicht vorhanden ist. Der neue Kurs in polnisch-österreichischen Verhältnissen wird sich bereits in einer Reihe von Entscheidungen der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen Gruben- und Hüttenwerke aus.

Die Subdelegation in Genf hat gestern die Beratung über das Budget des Völkerbundes für das Jahr 1927 aufgenommen. Das Budget beläuft sich auf 24 615 097 Francs, das sind 1 700 000 Francs mehr als im Jahre 1926. — Einen Bericht hat also der Völkerbund auf jeden Fall: er ist keineswegs geizig mit Gehältern.

Nach Ansicht der japanischen Presse ist die Lage in China recht ernst. Sie warnt jedoch die Regierung, Japan darf gebraucht zu werden, für Großbritannien die Kolonien aus dem Feuer zu holen und empfiehlt, vorläufig eine abwartende Politik zu treiben.

Aus Washington wird gemeldet: Es besteht noch kein Anzeichen für eine Aenderung der Politik der an China interessierten Mächte. Wie berichtet wird, erörterte gestern der amerikanische Botschafter in Tokio mit dem japanischen Außenminister die chinesische Frage, um eine etwaige Zusammenarbeit zwischen den Mächten an der Spitze Japans (!) in den chinesischen Fragen zu ermöglichen.

In Hankau hat der Kommandant des französischen Kriegsschiffes Vitant den Gehör der französischen Konsulnzone übernommen. Die französischen Behörden wollen jetzt Neutralität gegenüber den freitreibenden chinesischen Partien beibehalten.

Die „Westminster Gazette“ berichtet aus Ehanghai: Japanische Meldungen zufolge habe General Yang Gen nach einer Besprechung mit dem japanischen Konsul eine Proklamation erlassen, in der er seinen Truppen befiehlt, ihre Besetzung auf britische Schiffe zu beschränken und erklärt, die Japaner und Franzosen hätten keinerlei Befehlsgewalt.

Die Londoner „Morningpost“ berichtet aus Kalkutta über neue Zusammenstöße zwischen Mohanbansari und Hindus in Darca anlässlich eines Hinbefehles: In allen Teilen der Stadt sind Ausschreitungen ausgebrochen. Die Verhaftung der Opfer der Verleumdungen sind Hindus. Zwei der Verleumdungen sind gestorben. Die Bagarre wurden gelöscht.

Briand an die deutschen Sozialdemokraten.

Der französische Minister des Aeußern Briand gab dem Berichterstatter einer Berliner sozialdemokratischen Korrespondenz eine schriftliche (!) Erklärung, in der es u. a. heißt: Ich mache kein Hehl daraus, daß im Laufe der Besprechungen, die ich mit Herrn Stresemann hier zu haben gedachte, wir Mittel und Wege prüfen werden, die am geeignetsten sind, um eine fruchtbarere Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland im Geiste der Verträge von Locarno zu ermöglichen. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß wir die Fragen behandeln werden, die die Rheinlandbesetzung und die noch nicht beendete Durchführung der Entwaffnungslauf des Friedensvertrages betreffen.

Wir haben fernerhin alle den Wunsch, der Tätigkeit der Kontrollkommission in Deutschland so rasch wie möglich ein Ende zu bereiten, aber das Datum ihrer Aberufung hängt von dem Augenblick ab, in dem die notwendigen Punkte, die den Gegenseiten der Verhandlungen vom 16. November der vorigen Jahres bilden, durchgeführt sein werden. Ich zweifle nicht daran, daß wenn man auf beiden Seiten in loyaler Weise gehen will, jetzt, das ermittelte Ergebnis nicht auf sich warten lassen wird. Zum Schluß erklärt Briand: Die französisch-deutsche Annäherung ist die unerlässliche

Vorbereitung für den Frieden in Europa und in der ganzen Welt.

— Daß Briand diese Erklärungen einem deutschen Sozialdemokraten gibt, mag schließlich nicht allzu auffallend sein, dagegen ist sehr auffallend, daß er sie schriftlich gibt. Das zeigt deutlich die Absicht, mit den deutschen Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten und wirft ein schliches Licht auf sie. Denn mit dem Ausland darf keine einzelne Partei, sondern nur die Gesamtheit aller Parteien durch ihre Vertretung, die Reichsregierung, zu tun haben. Daß Briand sich an eine Einzelpartei heranmacht, kann nur den Zweck haben, sie gegen die deutsche Gesamtheit für seine französischen Interessen zu nützen, bedeutet eine große Unrechtheit gegen die deutsche Regierung und erweckt neuen stärksten Verdacht gegen die Ehrlichkeit Briands.

Bescheiden ist übrigens, daß Briand selbst seinen deutschen Günstlingen keineswegs feste Zusagen macht, sondern die bisherige Abhaltung Deutschlands als noch nicht beendigt bezeichnet und alle französischen Zugeständnisse von der Erfüllung der Entwaffnungsforderungen abhängig macht, d. h. bis auf ganz unbestimmte Zeit verschiebt. Seine Schlussworte über französisch-deutsche Annäherung sind unter solchen Umständen nichts als hohe Phrasen.

Die nichtständigen Ratsitze.

Die schweizerische Delegation genügt meldet aus Genf: Die Neuwaalen für die nichtständigen Ratsitze werden voranschreitlich Donnerstag stattfinden. Südamerika wird drei Sitze erhalten, und zwar die Staaten Chile, Kolumbien und Uruguay. Fünf Sitze wird Europa erhalten, und zwar Holland den erlöschten Sitz Schwedens, Rumänien den der Tschechoslowakei. Außerdem werden Belgien und Polen einen Sitz erhalten. Ueber den fünften Sitz steht die Entscheidung noch nicht fest. Ein weiterer Sitz ist für China vorgesehen.

— Belgien und Polen je einen Sitz, also gleich zwei Gegner Deutschlands gegen den einen deutschen Sitz, dazu das ebenfalls neutrale Holland statt des deutschfreundlichen Schweden.

Der Genfer Berichterstatter des Pariser „Journal des Debats“ teilt mit, er habe Grund zu der Annahme, daß Polen für den amnestischen Sitz im Völkerbundrat erhalte, aus dem Völkerbund auscheiden würde. Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Kuba: Präsident Machado hat dem am 30. September einmütigen Kongreß der Republik Kuba einen Antrag unterbreitet, der die Zurückziehung Kubas vom Völkerbund ausspricht. Nach anderen Meldungen hat Kuba lediglich auf Zuteilung eines Ratsitzes verzichtet, ohne aus dem Völkerbund austreten zu wollen.

Vor Abreise Chamberlains und Briands.

Montag nahmen die Besprechungen Stresemanns mit Briand, Chamberlain und Banderbansari ihren Fortgang. Sie betreffen das Hauptproblem der deutschen Politik, die Bekämpfung und Militärkontrollfrage. Zugaben von der Gegenseite sind bisher noch nicht gegeben worden.

Der Ankündigung eines deutschen Nachrichtenbüros von einer in Genf eingeleiteten Herabsetzung der Rheinlandbesetzung von 70 000 auf 30 000 Mann ist schnell das Dementi der offiziellen „Journal“ und „Echo de Paris“ gefolgt. Weiden Zeitungen zufolge habe Briand keinerlei Vollmachten zu Besprechungen über den Abbau der Besatzungsmächte mit nach Genf genommen.

Die verfrühte Abreise Briands und Chamberlains aus Genf, die für Mittwoch vorgesehen ist, bedeutet eine gewisse Enttäuschung nach den Hoffnungen der ersten Tage. Das Generalsekretariat gibt am Sonntag früh selbst zu, daß die deutschen Fragen im Völkerbund frühestens im Dezember zur Erörterung kommen können. Unter Umständen werden sich an erster Stelle die Uebertragung der Kontrolle über die deutsche Entwaffnung an den Völkerbund.

Die deutsche Delegation unter dem Außenminister in Genf hat der Reichsregierung einen Bericht über ihre Aufnahme in Genf zugestellt.

Der Bericht über ihre Aufnahme in Genf zugestellt. An Berliner Regierungsstellen ist man mit dem Auftrieb und den vollständigen Ausführungen Stresemanns in Genf vollständig zufrieden. In bestimmten parlamentarischen Kreisen allerdings hat man herab, daß Stresemann zu geringen und zu fremdlich gesprochen und die wichtigsten deutschen Ziele, die der Entwaffnungskontrolle, der Bekämpfung und der Kolonialmandate, kaum berührt habe. Stresemann wird Genf nicht vor Abschluss der Vollversammlung verlassen.

Vertagung der Abrüstung.

Der Abrüstungsausschuß der Völkerbundversammlung hat gestern nach langer Beratung einstimmig beschlossen, der Vollversammlung eine Entschließung vorzulegen, durch die für den Fall, daß die internationale Abrüstungskonferenz nicht vor der nächsten Vollversammlung zustandekommen sollte, die Einberufung einer besonderen Konferenz zur Ausarbeitung einer internationalen Konvention zum Zweck der Kontrolle der privaten Waffenherstellung in Ermägung gezogen werden soll. Der deutsche Vertreter, Graf Bernstorff, hatte sich zunächst gegen Einberufung einer Sonderkonferenz über private Waffenherstellung ausgesprochen, hat dann aber — wie die Einmütigkeit des Beschlusses beweist — nachgegeben.

Praktisch zeigt der Beschluß, daß man mit einer internationalen Abrüstungskonferenz vor der nächsten Vollversammlung nicht rechnen und sich mit Reserviertheiten beschäftigen will, um die Ausschließlichkeit der eigentlichen Abrüstung zu verheimlichen. Außerdem muß man sich noch etwas zu tun machen, um seine Gehälter zu rechtfertigen.

Ueberzeichnung der Preußenanleihe in New York.

Aus New York wird gemeldet: Die gestern zur Zeichnung aufgelegten 20 Millionen Dollar 6-prozentigen Bonds des Preussischen Staates sind unmittelbar nach Eröffnung der Zeichnungslisten fast überzeichnet worden; die Zeichnungen stammen aus allen Landesteilen.

Niederlage der Spanier in Marokko.

Der Pariser „Journal“ gibt eine Meldung wieder, wonach die Spanier mit dem Vizekönig auf dem größten Teil ihrer Front wieder im Kampfe stehen. Nach ergänzenden Meldungen seien seit dem 11. September der spanische Major Capoz und der Raid Abd el Waret von starken Rifabteilungen im Gebiet der Beni Khaled umzingelt. Verschiedene Ristämme sollen die Klamms, die die Spanier befrüchten, unterliegen. Schiffsbau sei bereits wieder unter des Drucks der Rifleute geräumt worden. Diese Lage zwingt die französischen Truppen der Kolonial-, Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen.

No, no, señores!

Spaniens schlimmes Beispiel.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund Worte gefunden, die des Beflegens und höchst selten Volkes des Kontinents würdig sind. Es wäre unvorsichtig gewesen, wenn ihm in der Eintrittsrede ein Programm der künftigen deutschen Politik im Völkerbund zu liefern. Denn jedes Programm, auch das geringste, hätte eine Kampfanlage für alle die Kräfte im Völkerbund bedeutet, die Deutschlands Eintritt als Großmacht mit händigem Kaschib voll Argwohn, Haß oder Zucht hinnehmen.

Was es einmal die Politik der Reichsregierung, unter den vereinbarten Bedingungen den Eintritt in den Völkerbund zu vollziehen, so dürfte sie nicht gleich zu Beginn den anderen Mächten der Welt entgegenhaken. Denn dann wäre verloren gegangen, was in allererster Linie die große Politik rechtfertigen könnte: die große Geste. Die große Geste eines nicht durch fremde Waffen, sondern durch Ausbungerung und Lügenpropaganda besiegten, mit vierzigjährigem, unvergleichlichem Kriegszorn bedeckten Volkes, seine unermüden Befiegten die Hand zu freier Zusammenkunft im Frieden gerecht zu haben.

Man unterlasse die moralische Bedeutung dieser Geste nicht. Denn nicht allein die Franzosen sind es, die durch solche große Form und Gebärde beeindruckt werden, nicht der Pariser allein kann die berühmten Worte nachhaken aus Robtans „Cyrano de Bergerac“: „mais quelle geste!“ Sondern ähnlich wird eine große Geste voller stolzer Ritterlichkeit, wie die jehige deutsche, auf alle Völker der Welt, ob Romanen, ob Angelsachsen oder andere. Dr. Stresemann hat es verstanden, mit seiner Rede dem Völkerbunde eintritt alles Befiegende einer neuen Heiligtum zu nehmen und durch eine Geste großer Größe und Adel einen großen moralischen Sieg vor der aufstrebenden Welt zu gewinnen. Alle die Rante und Erbärmlichkeiten, die nunmehr gegen das neue Völkerbundsmitglied einlehen werden, sind damit von vornherein gebremst.

Das zeigt sich schon jetzt bei dem ersten großen Mißklang, bei Spaniens Austrittserklärung. Auch Spanien versucht in der Begründung dieses Schrittes durchaus die ritterliche Form zu wahren, und besonders erfreulich für Deutschland ist, daß es bei dieser Gelegenheit seinen Kampf gegen uns erhebt. Damit ist einer ewigen französischen Seite, wir wäten mit untern Beharren auf Zuteilung eines ständigen Ratsitzes allein an uns Ursache des spanischen Austritts gemessen, der Boden entzogen.

Offenheitlich hat Spanien sich dem moralischen Einbruch der Erklärungen Dr. Stresemanns nicht entziehen können und wollen. Aber seine Geste will nicht klein und schwächlich neben der deutschen. Es begründet seinen Austritt in der dem Völkerbund überreichen Räumungspolitik, überhaupt nicht, aber aus anderweitigen Erklärungen des Ministerpräsidenten Primo de Rivera ergibt sich, daß der Hauptgrund die Ablehnung der Einberufung der bisher internationalen Langenzone in das spanische Gebiet ist.

Die Spanier hätten gehofft, gegen Verzicht auf einen ständigen Ratsitz diesen Fremdkörper in ihrem Nordafrikabereich zugestanden zu erhalten. Aber die beiden Hauptmächte des Mittelmeeres, England und Frankreich, haben ihnen geantwortet mit einem lähnen: „no, no, senjores, nein, nein, meine Herren. Denn trotz aller schönen Worte über Gleichberechtigung usw. denken sie gar nicht daran, den kleineren oder schwächeren Nationen auch nur ein Züpfeldchen ihrer mit Waffengewalt gewonnenen und mit Waffengewalt bewachten Vormachtstellung abzutreten.

Aber Primo de Rivera ist „Holz wie ein Spanier“, ant auf die Frage antwortete er ebenfalls mit einem: „no, no, senjores, an den Völkerbund, und gab diesem Fundament einen Stoß, der gefährlicher ist, als es dem Ansehen hat. Denn damit bekommen alle Widerkräfte gegen den Völkerbund einen neuen Anstoß und ein bedeutendes Vorbild. Man weiß, daß die spanisch-sprechenden Staaten Südamerikas, und das zwar portugiesisch sprechende, aber kulturell den Spaniern nahestehende Brasilien durchaus keine bedingungslosigen Freunde des Völkerbunds bedingungslos sind. Auch sonst besteht im Völkerbund eine wachsende Opposition der kleinen, insbesondere der neutralen Staaten — deren größter Spanien war — gegen die Korruption der Großmacht. Italien endlich hat nie Zweifel darüber gefaßt, daß es dem Völkerbund nur sehr zweifelnd gegenübersteht.

Man muß sich offen eingestehen: Durch Spaniens Austritt ist die kaum noch übrig gebliebene Völkerbundsfrage wieder akut geworden, und

